

Beschluss G10/07-21

Antrag

Initiator*innen: Landesparteitag

Titel: **“Einzelfälle” in den Zusammenhang setzen -
Rassismus-Studie in der Sächsischen Polizei
durchführen**

Antragstext

1 In den vergangenen Monaten sorgten rechtsextreme und rassistische Vorfälle in
2 verschiedenen Polizeidirektionen für großes Aufsehen. Auch in Sachsen fiel die
3 Polizei immer wieder mit Rassismus und Rechtsextremismus auf. Nicht nur der
4 Räumpanzer mit Stickereien, die an nationalsozialistische Symbolik erinnern,^[11]
5 sorgte für Schlagzeilen. Im September 2020 wurde ein Leipziger Polizist vom
6 Dienst suspendiert, weil er in rechtsextremen Chatgruppen aktiv gewesen sei.^[12]
7 Daraufhin sprach sogar Innenminister Wöllner (CDU) von einem “Problem mit
8 Rassismus” in der Sächsischen Polizei.^[13] Auch Polizeiausbildern wird
9 vorgeworfen, sich rassistisch geäußert zu haben.^[14]

10 Bei den sächsischen Sicherheitsbehörden gab es laut einem Lagebericht des
11 Bundesamts für Verfassungsschutz^[15] zwischen 2017 und März 2020 insgesamt 28
12 Verdachtsfälle rechtsextremer Gesinnung. Sachsen gehört zu den fünf
13 Bundesländern mit den meisten Hinweisen zu rechten Behördenmitarbeitern – die
14 anderen sind Hessen (59), Berlin (53), Nordrhein-Westfalen (45) und Bayern (31).
15 Dieser Lagebericht bietet wertvolle Informationen, ist aber laut
16 Verfassungsschutz nur eine “Ersterhebung” und ersetzt keinen ganzheitlichen
17 Ansatz. Der Chef des Bundeskriminalamtes sprach von einem “guten Aufschlag”^[16],
18 sieht die Debatte aber noch lange nicht beendet.

19 Ein reines Zusammentragen der Vorfälle ist nicht ausreichend, um strukturelle
20 Probleme innerhalb der Polizeibehörden zu untersuchen. Die Diskussion um
21 Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei muss endlich auf eine
22 wissenschaftliche Grundlage gestellt werden. Nur so ist es möglich, dass über

23 konkrete Vorgänge, Zahlen und Verbesserungsvorschläge diskutiert wird - und
24 diese Diskussion zu handfesten Ergebnissen führt. Nur wissenschaftliche
25 Ergebnisse können verhindern, dass sich ein "Generalverdacht" in der Debatte
26 durchsetzt. Dies bedeutet allerdings auch nicht nur Einstellungen und Verhalten
27 zu erfassen, sondern auch auf die dafür ursächlichen Bedingungen einzugehen.
28 Welche Arbeitsweisen sind für eine Radikalisierung zuträglich? Wie kann dies
29 aktiv verhindert werden? Welche Praktiken müssen stattdessen gestärkt oder gar
30 eingeführt werden?

31 Die SPD setzt sich deshalb für die Durchführung regelmäßiger Studien ein, die
32 nicht nur Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb der Sächsischen Polizei
33 erfassen, sondern auch auf die bestehenden Wirkmechanismen eingehen, die
34 letztlich zu strukturellen Fehlverhalten führen.

35 Die Erklärung, die Polizei bilde einen "Spiegel der Gesellschaft" ist falsch.
36 Vielmehr hat die Polizei als Institution und all ihre Mitglieder die
37 freiheitlich demokratische Grundordnung zu sichern. Dies bedeutet nicht nur das
38 Gewaltmonopols inne zu haben, sondern auch, dass alle Polizeibeamt*innen mit
39 beiden Füßen auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen haben!

40 ¹¹¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/merkwuerdiger-schriftzug-neuer-polizeipanzer-in-sachsen-sorgt-fuer-irritationen/20737456.html>

42 ¹²¹ <https://twitter.com/PolizeiSachsen/status/1309510525974441985>

43 ¹³¹ <https://www.mdr.de/sachsen/politik/woeller-rassismus-polizei-reichskriegsflagge-100.html>

45 ¹⁴¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/rassismus-polizei-ausbildung-100.html>

46 ¹⁵¹ Abrufbar unter
47 <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-rechtsextremismus/broschuere-2020-09-lagebericht-rechtsextremisten-in-sicherheitsbehoerden>

50 ¹⁶¹ <https://www.saechsische.de/deutschland/wie-viel-extremismus-steckt-in-der-polizei-5290147.html>

51

Beschluss G17/07-21

Antrag

Initiator*innen: Landesparteitag

Titel: **Feminist*innen stärken, Antifeminist*innen
entschieden entgegentreten**

Antragstext

1 Die SPD setzt sich auf Bundes- und Landesebenen dafür ein, verstärkt
2 frauenpolitisch und feministisch engagierte Vereine und Verbände, welche sich
3 mit dem Thema Antifeminismus widmen, finanziell zu fördern und geeignete
4 Fördermaßnahmen auszuweiten, zu verstetigen oder neu auf den Weg zu bringen.
5 Insbesondere sollen Vereine gestärkt und öffentlich sichtbar gemacht werden, die
6 sich mit Ursachen, Zusammenhängen und Gegenstrategien zu Antifeminist*innen und
7 antifeministischen Ideologien auseinandersetzen. Zugleich setzt sich die SPD auf
8 Bundes- und Landesebene dafür ein, dass das Thema auf die Agenda der Parlamente
9 kommt und in den Fokus des öffentlichen Diskurses rückt. Auch im Bereich der
10 politischen und schulischen Bildung gilt es, dass Thema in den Blick zu nehmen,
11 nachhaltige Strategien zu entwickeln und entsprechende Angebote zu
12 implementieren.

Beschluss M17/07-21

Antrag

Initiator*innen: Landesparteitag

Titel: **Rechtlicher Rahmen für kommunale
Klimaschutzsatzungen**

Antragstext

- 1 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich in der Regierung dafür einzusetzen,
- 2 dass es für die Erstellung und Anwendung Durchsetzung von kommunalen
- 3 Klimaschutzsatzungen ein rechtlicher Rahmen erstellt wird.

Beschluss Z11/07-21

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: 01000001 01101110 01110100 01110010
11000011 10100100 01100111 01100101
00100000 01100100 01101001 01100111
01101001 01110100 01100001 01101100
01101001 01110011 01101001 01100101
01110010 01100101 01101110 (Anträge
digitalisieren)

Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen mögen beschließen:*

2 Um die Nachhaltigkeit der Antragsberatungen zu gewährleisten und um es allen
3 Interessierten zu ermöglichen, sich einen Überblick über die Beschlusslage
4 mindestens ab Gliederung Bezirksebene der SPD Sachsen zu verschaffen, soll eine
5 zentrale Antragsdatenbank eingerichtet werden, in der alle spätestens ab dem
6 1.1.2010 beschlossenen Anträge der Gliederungen der SPD Sachsen nach
7 Schlagworten durchsucht und nach Kriterien gefiltert werden können.

Begründung

Aktuell haben nur sehr wenige Parteimitglieder, die schon seit langer Zeit sehr engagiert sind, einen Überblick über die Gesamtbeschlusslage der Partei. Das schafft Machthierarchien, die wir, um die Partei inklusiver zu machen und für Nicht-Mitglieder zu öffnen, abschaffen möchten. Daher sollte es ohne Probleme möglich sein, nachzusehen welche Gliederung der Partei zu welchem Thema welche Positionen beschlossen haben.